

Departement des Innern und der Volkswirtschaft: Gemeindereformen

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung auf Erträge oder Aufwände | Fristigkeit |
|-----|--|---|---|---------------------|
| 1 | Gemeindereformen allgemein: Gemeindefusionen / Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) | - Gemeindefusionen fördern (gewisse Wirkungen sind auch zu erzielen, wenn die Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) gefördert wird (z.B. Schule/Feuerwehr)) | Spareffekte: - diverse Beiträge an Gemeindewerke fallen weg (Schule, Ortsplanung, Feuerwehr) - diverse Betriebsbeiträge werden vermindert (z.B. Lehrerbesoldung mit Hilfe von Klassengrössenoptimierungen) - Effizienzsteigerungen (z.B. in Werkdienst und Verwaltung) führen zu tieferen Ausgaben beim vertikalen Finanzausgleich (FA) (Achtung: in gewissen Gemeinden wird bisherige Freiwilligen- bzw. Fronarbeit abgelöst durch Besoldungen, was den gegenteiligen Effekt bewirkt!) Zusatzaufwand: - Es ist damit zu rechnen, dass zur Förderung von Fusionen vom Kanton finanzielle Anreizsysteme angeboten werden müssen („Kantonsbeiträge“ für Infrastruktur, Steuerharmonisierung (vgl. Suraua, Donat)) Kurzfristig: Zusatzaufwand !! (vgl. Untersuchungen in anderen Kantonen (TI, FR, GR (Suraua, Donat)) Langfristig: Relativ grosses Sparpotenzial (genauer Betrag hängt ab von Grösse, Anzahl der Gemeinden u.s.w. und | Langfristig (LM) |

| | | | | |
|-----|---|---|--|--------------------|
| | | | kann deshalb nicht beziffert werden.) | |
| 1.1 | Die Massnahme 1 kann erreicht werden durch: Revision Finanzausgleichsgesetz | <ul style="list-style-type: none"> - Direkter Finanzausgleich <ul style="list-style-type: none"> - Beiträge erst ab bestimmter Mindesteinwohnerzahl - Finanzkraftschlüssel anpassen: <ul style="list-style-type: none"> - Steuerkraft-Ausgleich aufheben oder von 300 – 600 Einwohner einrichten (Kleinstgemeinden nicht mehr bevorzugen) - Steuerbelastung-Kriterium aufheben - Finanzbedarf-Kriterium <ul style="list-style-type: none"> - Sockelbeitrag senken - Nettoschulaufwand mit Schülerkopfpauschale - Indirekter Finanzausgleich <ul style="list-style-type: none"> - Minimalgrössen (z.B. Schülerzahlen) erhöhen - Verweigerung von Zuschüssen, wenn best. Kriterien nicht erfüllt sind (vgl. Finanzausgleichsgesetz des Kantons Bern Art. 35) <p>Achtung: Minimalgarantie belassen sowie Anreizsystem für Fusionsgemeinden verstärken</p> | Schätzung: 1/5 der heutigen Beiträge für vertikalen Finanzausgleich von 5'079'000.- (also ca. 1 Mio.). | Kurzfristig (Soma) |

| | | | | |
|------|---|--|---|-----------------------|
| | | | | |
| 1.2. | Die Massnahme 1 kann erreicht werden durch: Gesetz zur Förderung von Gemeindezusammen- schlüssen | (vgl. ähnliche Bestrebungen im Kanton FR) Achtung: Fusionen von oben haben in der Regel wenig Rückhalt (vgl. LU/TI/FR) | | Kurzfristig (Soma) |
| 2 | Verrechenbarkeit von kantonalen „nicht-hoheitlichen“ Dienstleistungen | Kostenfällige Beratungsleistungen zu Marktpreisen für Gemeinden im Bereich der <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsdienste (DIV, EKUD,...) - Aus-, Weiterbildung (EDV, Steuern,...) - Support Rechnungslegung (GI) | <ul style="list-style-type: none"> - Höhere Einnahmen - Marktkonformität der Dienstleistung durch Elimination von Wettbewerbsverfälschungen - Schätzung: jede Gemeinde bezieht Beratungsdienstleistungen von 5'000.- jährlich: erwartete Zusatzeinnahmen: 1 Mio. | Kurzfristig (Soma) |
| 3 | Abbau von kantonalen Leistungen | Reduktion von übertriebenen Qualitäts- bzw. Ausbildungsanforderungen (z.B. Schulhausbau, SPITEX , Denkmalschutz,...) | <ul style="list-style-type: none"> - Tiefere Subventionen (Schulhausbau) - Vermeidung von Marktverfälschungen - Geringe finanzielle Auswirkung | Kurzfristig (Soma) |

Bemerkung:

komplex, dass im Rahmen des Auftrages (ohne vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzausgleich) keine genaueren Angaben möglich sind.

Das Thema ist derart

Departement des Innern und der Landwirtschaft: Amt für Landwirtschaft, Strukturverbesserung und Vermessung

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|--|---|--|-------------|
| 1 | Nachführung Triangulation resp. Lagefixpunkte | 1. Die Nachführung Triangulation wird heute kantonsintern durch einen Mitarbeiter des ALSV ausgeführt. Diese Arbeit sollte ausgelagert werden und könnte nach der Pensionierung dieses Mitarbeiters (2004 ?) kostengünstiger durch die Privatwirtschaft ausgeführt werden. | Eine Stelle durch Pensionierung nicht neu besetzen und arbeiten an die Privatwirtschaft auslagern -> Kosteneinsparung von Fr. 50'000.-. | Soma |
| 2 | Verifikation Amtliche Vermessung und Meliorationen | 1. Die Verifikation kann heute dank EDV-mässiger Aufarbeitung mit bedeutend geringerem Aufwand durchgeführt werden. Zudem stehen jährlich weniger öffentliche Mittel zur Verfügung um Vermessungen durchzuführen. Das erlaubt das Personal zu reduzieren. 2. Das gleiche gilt es bei der Abteilung Strukturverbesserungen zu überprüfen (diverse Pensionierungen stehen an). | Längerfristig 4- 6 Stellen einsparen Einsparungsmöglichkeit: 500'000.- | LM |
| 3 | GIS-Zentrale | 1. Neuinvestitionen sind auf Infrastruktur und Finanzen zu überprüfen. 2. Keine Datenerfassung durch den Kanton selber. 3. Im Bereich GIS ist eine Auslagerung oder eine gemischtwirtschaftliche (Datendrehscheibe Graubünden) Lösung anzustreben. | Wird durch Auslagerung günstiger gemacht. Privatwirtschaft wird in Investitionen eingebunden, weniger Kosten im Kanton selber Einsparungsmöglichkeit: Fr. 1'000'000.-. | MM |

| | | | | |
|--|--|---|--|--|
| | | 4. Die Kartenzentrale und die GIS-Zentrale sind zusammenzulegen und in die zu gründende Datendrehscheibe Graubünden zu integrieren. | | |
|--|--|---|--|--|

Departement des Innern und der Volkswirtschaft: Raumplanung

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|---|---|-------------|
| 1 | Anpassung der Dienststelle an veränderte Verhältnisse | <ul style="list-style-type: none"> - Mit Abschluss der Richtplanung sind Aufgaben zurückgegangen - BAB Verfahren auf Gemeinden übertragen - Vereinfachung der Prozessabläufe bei amtsübergreifenden Massnahmen und Verfahren - Ein Sachthema wird nur durch eine Amtsstelle bearbeitet. - Wichtige Entscheide (z.Bsp Genehmigung des Baugesetzes von Davos) werden priorisiert | Reduktion von mindestens 8 Stellen Einsparungspotential von ca. Fr. 900'000.00 | M |
| 2 | Verfahrensabläufe verbessern | <ul style="list-style-type: none"> - Konzentration auf das Wesentliche. - Es muss alles rascher gehen, mindestens nicht langsamer als heute z.B. bei Revision von OP, nur noch sehr kurze Vorprüfungsberichte. - Straffung: Augenscheine, Delegationen bei Begehungen werden kleiner. Verifikationen werden reduziert, Haftung liegt ohnehin nicht bei den Amtsstellen, sondern beim Gesuchsteller. Gesuchsteller bezahlen trotzdem nicht unerhebliche Gebühren. - Verfahrenskoordination. <ul style="list-style-type: none"> - Koordinierte Entscheideröffnung - Koordiniertes Rechtsmittelverfahren. Regionale Richtplanung zum Teil fragwürdig, muss grundsätzlich hinterfragt werden. Freie Ortsplaner innerhalb der geltenden Gesetze/VO wirken lassen, ohne die gleiche Arbeit beim Kanton zu wiederholen. - Vermehrt Allrounder anstellen. - Rascher entscheiden. | | K-M |

Unsere Forderungen

1. Spielraum bei Anwendung von Gesetzen, VO und Richtlinien muss von allen Amtsstellen mehr als ausgenützt werden. Bei Drohungen wegen Verbandsbeschwerden Risiko eingehen.
2. Einschränkung oder gar Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes muss erneut angegangen werden. Es sind nicht die eigentlichen Einsprachen das Problem, es sind die laufenden perfiden Drohungen. Verursachen riesige Kosten bei der gesamten Verwaltung in Bund, Kanton und Gemeinden und bei den Unternehmungen (Vorprojekte, Projekte und Umsetzung).
3. Bei allen Handlungen müssen alle Amtsstellen sich die Grundsatzfrage stellen, was will das Gesetz, welches war der Wille der Gesetzgebung. So kommt man der Verhältnismässigkeit und der Konzentration auf das Wesentliche am nächsten.
4. Verwaltung muss auf allen Ebenen nach dem Prinzip des Bewilligens mit möglichst einfachen, realistischen Auflagen statt nach dem Verhindern oder Bewilligen mit ellenlangen Listen von Auflagen. Der Erfindergeist kennt keine Grenzen. Da ist zu viel Zeit verfügbar. Z.B. Ersatzmassnahmen, die an Umgehung der Gesetzgebung grenzt. Hier mischen im Hintergrund sicher das BUWAL/Bern und Umweltorganisationen kräftig mit. Auflagen kosten Geld, den Investor und die Behörden und zwar die Ausführung und die Ueberwachung (z.B. ökologische Baubegleitung). Investoren und Baufirmen sind keine Däppen und wissen, wie mit der Natur umzugehen ist.
5. Revision des kantonalen Raumplanungsgesetzes und der entsprechenden VO ist in Vorbereitung. Hier ist in allen Belangen strikte darauf zu achten, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und die Verwaltung weiter zu verbessern, also massiv Kosten und Zeit zu sparen. Mut zur Lücke, Konzentration auf das Wesentliche. Z.B. Verzicht auf Spezialzonen wie Beschneidungszonen. Schneeanlagen müssen ohne wenn und aber in Tourismuszonen gebaut werden können. Planungsanforderungen bereits auf Stufe Richtplanung und Nutzungsplanung sind viel zu hoch und zu umfangreich. Prüfung durch Kanton erfordert enormen Aufwand, auch für Projekte, welche möglicherweise erst viel später ausgeführt werden. Gemeinden müssen Ortsplanungen und Revisionen von OP rascher und kostengünstiger umsetzen können. Wertschöpfung Investition greift früher und wird grösser. Also doppelte Wirkung. Branchen können wenigstens aus diesem Titel wieder konkurrenzfähiger werden.
6. Strukturbereinigungen sind überall ein muss, in der Privatwirtschaft und in der Verwaltung. Sonst kommt der Staat nicht aus dem Vollzugsmorast heraus, in den er sich selbst hineinmanövriert hat und die Wirtschaft nun seit Jahrzehnten über Gebühr belastet, zum Teil stranguliert. Auf jeden Fall sind heutige Verwaltungsstrukturen nicht mehr finanzierbar. KMU's werden heute mit Bürokratie beinahe zugeschüttet.
7. Dem ARP wird heute attestiert, als Leitstelle grosse Unterstützung zu gewähren und unkompliziert nach Möglichkeiten zu suchen, Projekte rasch zu ermöglichen. Dies allerdings nur, wenn sich nicht noch andere Amtsstellen zum Teil absolut unverhältnismässig einmischen.
8. Gemäss der sogenannten 80:20-Regel verursachen die letzten 20 % einer hundertprozentigen Aufgabenerfüllung ungleich mehr Aufwand als für die ersten 80 %. Dabei ist der Kern der Aufgabe in der Regel bereits bei einem achtzigprozentigen Erfüllungsgrad solide erledigt.
9. Wandel von der Misstrauens- hin zu einer Vertrauenskultur mit Stichproben ist unerlässlich.

Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement: Gesundheitswesen

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung auf Erträge oder Aufwände | Fristigkeit |
|-----|---|---|--|-------------|
| 1 | Versorgungsdichte/Versorgungsauftrag Spitäler | | | |
| 1.1 | Anzahl Spitäler | Spitalschliessungen (zur Diskussion stehen die Spitäler in Savognin, Schiers und Thusis). Massnahme eher abzulehnen, da politisch kaum/nicht realisierbar und Sparpotential wesentlich geringer als landlufig erwartet. | Einsparungen voraussichtlich gering. (ev. Auftrag an die Regierung, finanzielle Auswirkungen durchzurechnen) | LM |
| 1.2 | Leistungsauftrag an Spitäler | Versorgungsaufträge der Spitäler/Spitalregionen generell reduzieren. Mehrheit der Regionalspitaler auf Grund versorgung beschränken. Auch Tabu-Themen wie Geburtenabteilungen in Thusis und Schiers angehen (Übergabe an Fontana). Mindestfallzahlen vorgeben. Notfalldienste regional auf ein Spital beschränken. Konzentration von bestimmten Wahleingriffen mit höheren Anforderungen an Personal und Infrastruktur jeweils in einem Spital (Kompetenzzentren bilden). | Kostenreduktion in den Spitälern durch Beschränkung auf nötige Grundversorgung und durch Konzentration der Fachpersonen, des Fachwissens und der Spezialgeräte. Sparpotential nicht quantifizierbar; Schätzung: Einige Mio. Franken jährlich. | MM |
| 1.3 | Kompetenzzentren | | | |
| 2. | Integrierte regionale Versorgung | Regionale Zusammenarbeit/Fusion von Spitex, Pflegeheimen und Spitälern; im Idealfall eine Trägerschaft. Einbezug weiterer Leistungserbringer im Sinn der ganzheitlichen regionalen Versorgung denkbar. | 1 Trägerschaft, richtig platzierte Patienten und Klienten, keine Doppelspurigkeiten, kein sinnloses und teures Konkurrenzdenken zwischen Leistungserbringern mit unterschiedlicher Zielsetzung. Im Endeffekt Reduktion des Aufwandes und damit der Beiträge der öffentlichen Hand (und Verbesserung der Versorgungsqualität). Sparpotential nicht quantifizierbar. Schätzung: 1 Mio. - mehrere Mio. Franken jährlich | MM-LM |
| 3. | Finanzierungssystem Spitäler (und Spitex) | | | |
| 3.1 | Abgeltung von Leistungen statt Defiziten | Öffentliche Hand entschädigt die Leistungserbringer prospektiv pro Fall, Fallgruppe, Einheit o.ä. - keine nachträgliche Abgeltung schwer zu steuernder Defizite (Revision des Krankenpflegegesetzes) | Anreizsystem, Selbstverantwortung der Leistungserbringer, automatischer Verzicht auf Unwirtschaftliches. Aufwandreduktion. Sparpotential nicht quantifizierbar. Schätzung: Kurzfristig einige 100'000, längerfristig mehrere | MM |

| | | | | |
|-----|---|---|---|---------|
| | | | Mio. Franken jährlich. | |
| 3.2 | Pauschalsubventionierung ganzer Versorgungsregionen | Ein jährlicher Beitrag pro Region für gesamte Gesundheitsversorgung dieser Region (statt Abgeltung, Spitäler, Abgeltung Spitex, Investitionsbeitrag für Apparat A etc.). Entscheidungskompetenz zum Was, Wie und Wann der Region übertragen. | Aufwandreduktion-Beitragsreduktion-Abbau Bürokratie und administrativer Aufwand- Personalabbau in der Verwaltung. Sparpotential nicht quantifizierbar, aber - längerfristig - ebenfalls einige Mio. zu erwarten. | LM |
| 4. | Subventionskriterien, Regelungsdichte Subventionen | Die Subventionsrichtlinien und -auflagen sind generell (ganze Gesetzgebung und Verwaltung) massiv zu vereinfachen, sowohl für Betriebs- als auch für Investitionsbeiträge. Zielrichtung: Beiträge pro m ² , pro m ³ , pro Fall, pro Tag etc | Abbau von Detailvorgaben, ellenlangen Berechnungen und Abstimmungen, Meinungsverschiedenheiten und Bürokratie. Umfangreiche Kontrollaufgaben des Staates entfallen. Zusammen mit Thema Nr. 5 sind grössere Personaleinsparungen in der gesamten Verwaltung möglich. | MM |
| 5. | Kompetenzdelegation | Kompetenzen sind generell (ganze Verwaltung) und in grösserem Ausmass nach unten zu delegieren (Regierung→Departemente→Ämter→Abteilungen→Mitarbeiter/innen). Die Vernehmlassungs-/Abstimmungsprozesse und die Differenzbereinigungen auf allen Stufen und das wiederholt fressen immens Zeit! | Delegierte, klare Kompetenzen können den Arbeitsaufwand in der Verwaltung gewaltig reduzieren - grössere Personaleinsparungen sind möglich. | Soma-MM |
| 6 | Controlling, Revisionen | Privatisierung der vom JPSD wahrgenommenen Controllingaufgaben (Spitäler, Heime, Spitex). Bestehenden Revisionsauftrag an private Treuhandgesellschaften ausweiten, dies spätestens nach Einführung eines neuen Finanzierungssystems. | Personalabbau min. 2 Stellen | MM |
| 7. | Qualität | Erstreckung der Überprüfungsrhythmen in Sachen Qualität; in Pflegeheimen bspw. von heute 2 auf 4-5 Jahre. | Kosteneinsparung für Leistungserbringer und damit Reduktion der Beiträge. Sparpotential in Heimen 100'000 bis 200'000 Franken pro Jahr. | Soma |
| 8. | Arztwartgelder | Streichung der Beiträge an Arztwartgelder (Revison Krankenpflegegesetz) | Einsparung Kantonsbeiträge 36'000 Franken jährlich. | MM |

| | | | | |
|-----|---|---|---|---------|
| 9. | Spitextarife | Erhöhung der Spitextarife für hauswirtschaftliche Leistungen um Fr. 5.-- pro Stunde | Mehreinnahmen der Leistungserbringer ca. 1,8 Mio. Franken jährlich. Reduktion der Kantonsbeiträge um 0,9 Mio. Franken jährlich. | Soma |
| 10. | Wirkungsorientiertes Spitalmanagement auf dem Spitalplatz Chur | Koordination und Zusammenlegung der infrastrukturellen und logistisch-administrativen Servicecenters in eine zentrale Einheit | Einsparungen pro Jahr: Hausdienst/Reinigung 450'000.00 <ul style="list-style-type: none"> • Küche/Caterin/Hotellerie 300'000.00 • Einkauf/Lagerhaltung 400'000.00 • Empfang/Patientenaufnahme 200'000.00 • Technischer Dienst 600'000.00 | |
| 11. | Arbeitsprinzipien | <ul style="list-style-type: none"> - Vertrauen vor Kontrolle - Prioritätensetzung - Kompetenzdelegation (abschliessend!) - Entscheidungsbereitschaft (und breite Schultern) | ⇒ Personalabbau! | Soma-LM |

Kommentar:

Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Massnahmen auf Aufwand und Ertrag sind, soweit überhaupt einigermaßen bezifferbar, in der Rubrik „erwartete Wirkung“ erwähnt (konkret für Themen 7-9; in einer grösseren Bandbreite für Themen 1.2/1.3, 2 und 3).

Zum jetzigen Zeitpunkt beim derzeitigen Wissensstand dazu nähere Angaben machen zu wollen, wäre unseriös und reine Spekulation. Das Sparpotential durch Anpassung der Leistungsaufträge (Themen 1.2/1.3) etwa, hängt von sehr vielen Faktoren und schlussendlich vom gewählten Lösungsweg (es gibt mehrere) ab. Das Potential liegt auf jeden Fall bei mehreren Mio. Franken jährlich (das können 1 Mio. aber gut und gerne auch 5 Mio. sein. Der vom Kanton anerkannte gesamte Betriebsaufwand der beitragsberechtigten Spitäler lag 2001 bei gut 260 Mio. Franken jährlich (ohne Psych. Kliniken)). Um das Potential näher einzugrenzen wären aufwändige Abklärungen und vorgängige Grundsatzentscheide über die anzustrebende Stossrichtung nötig.

Gleiches gilt für die Themen 2 (integrierte regionale Versorgung) und 3 (Finanzierungssystem). Der grobe Rahmen ist in der Tabelle angegeben; weitergehende Angaben wären unseriös und leicht zu zerpfücken.

Bei den Themen 4 (Subventionskriterien) und 5 (Kompetenzdelegation) gelten obige Aussagen noch in vermehrtem Mass. Das Sparpotential (Personalabbau) ist gross, aber nicht bezifferbar (Stellenabbau von 5-10 %?). Ein grosses Fragezeichen ist hier - v.a. in Sachen Kompetenzdelegation - bei der Realisierungschance zu setzen. Erfolgversprechender wäre der Weg, einen Personalabbau von bspw. 5 % innert 5 Jahren vorzuschreiben (1 % Personalabbau entspricht einer Einsparung von ungefähr 2,7 Mio. Franken jährlich). Damit müssten automatisch Prioritäten gesetzt werden.

Thema 6, Privatisierung der Controllingaufgaben im Gesundheitswesen: Die Abteilung Finanzen/Controlling besteht heute aus 3 Personen und einer Sekretärin. Ein Abbau um 2 Stellen bringt jährliche Einsparungen an Personalkosten von über 200'000 Franken und weitere Einsparungen durch spürbare administrative Entlastung innerhalb und ausserhalb (Leistungserbringer) der Zentralverwaltung. Die Massnahme sollte allerdings, wie erwähnt, an eine Änderung des Finanzierungssystems gekoppelt werden.

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement: Bildung und Umwelt

| Nr. | Thema | Massname | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|--|---|-----------------|
| 1 | Verwaltungs-Organisation | Zusammenfassung aller Dienststellen und Ämter im Bereich Erziehung und Bildung zu einem Amt für Bildung mit drei Dienststellen <ul style="list-style-type: none"> • Höhere Bildung (Fachhochschulen, höhere Fachschulen, etc.) • Mittlere Bildungsstufe (Berufsbildung und Mittelschulen) • Grundschulstufe (Kindergarten/Volksschule und Sonderschulen) | Breitere Optimierung / Koordination möglich (Abläufe, Infrastrukturnutzung, regionale Ausgleiche, Kosten, Information) Einsparung: 1,3 Mio Fr. | mittel |
| 2 | Verwaltungs-Organisation | 10. Integrierung des Plantahofes (Landquart) in die Führung der kantonalen Berufsbildung unter gleichzeitiger Anpassung an die übrigen Standards in der Berufsbildung. 11. Pädagogische Fachhochschule in HTW integrieren. | Einsparung durch Wegfall von Doppelspurigkeiten und durch Reduktion auf den Berufsbildungsstandard. | Kurz bis mittel |
| 3 | Finanzielle Führung der Fachhochschulen | Einführung der Möglichkeit, nicht aktivierte Kredite, Überschüsse oder noch nicht verbrauchte Guthaben aus Sponsorgeldern von einem Jahr ins nächste zu übertragen. | Schafft Anreize für eine eigenwirtschaftliche Geschäftsführung | kurz |
| 4 | Personalanstellungen | Dozenten und Lehrkräfte, die stundenweise eingesetzt sind, (< 50% eines Vollpensums) sollten im Stundenlohn bezahlt werden und nicht als ‚Festangestellte‘ im Monatslohn . In der HTW hat man erst kürzlich genau das Gegenteil gemacht. D.h. Kostentreibende Beschlüsse rückgängig machen, z. B. Rückkehr zur Entschädigung auf Stundenbasis (für Teilzeitdozenten) | Mit dem in der Regel grossen Bestand an solchen Teilzeitlehrkräften im Stundenlohn verfügt eine Schule über mehr Flexibilität bei geringeren Kosten als wenn diese im Monatslohn angestellt sind. CHF 500'000.-/Jahr Evtl. Kündigungen und vorübergehender Frust | kurz |

| | | | | |
|---|---|---|--|--------------------|
| 5 | Koordination Infrastrukturen | Teure Infrastrukturen , wie z.B. die Informatik, Maschinenparks von Einführungskurszentren und ähnlichen Einrichtungen sollten besser koordiniert und von möglichst vielen Institutionen gemeinsam genutzt werden. (HTW,IBW, Berufsschulen, EK-Zentren, etc). | Synergieeffekt Kostenspareffekt | mittel |
| 6 | Bildungsfinanzierung | Richtlinien für die Bildungsfinanzierung der Bereiche: Höhere Fachschulen Fachhochschulen Hochschulen | Anpassung der Schul- und Studiengelder für HF, FH und HS >CHF 100'000.-/Jahr | Mittel |
| 7 | Zentralisation der Bildungseinrichtungen in der Sek. Stufe II | Es sollen 4-5 regionale Bildungszentren geschaffen werden, und zwar unter Einschluss der privaten Mittelschulen. Damit können Lehrkörper und Schulräume gemeinsam genutzt werden. An solchen Kompetenzzentren werden möglicherweise nur noch bestimmte Zweige und Berufe unterrichtet, die auch über die notwendigen Schülerzahlen (>10) verfügen. | Geringere Kosten durch effizientere Ausnutzung der Infrastruktur und Beschränkung auf klare Marktbedürfnisse | Mittel |
| 8 | Sprachunterricht Berufsausbildung | Es ist zu prüfen, ob im allgemein bildenden Unterricht der Berufsbildung nicht zu viel Aufwand mit Romanisch betrieben wird. Sachliche Anforderungen (des Marktes) müssen prioritär sein gegenüber politischen Anliegen. | Weniger Unterricht = geringere Kosten Einsparpotential: 50'000-300'000 Fr. | Kurz bis mittel |
| 9 | Sprachunterricht Fachhochschule | Deutsch und Englisch könnten an Fachhochschulen aus dem Lehrplan gestrichen werden. Anstatt dessen müssen sich angehenden Studenten als Zulassungsbedingung über die Erfüllung von Mindestanforderungen ausweisen können. | Weniger Unterricht = geringere Kosten Einsparpotential: ca. 200'000 Fr. | Kurz bis mittel |

| | | | | |
|----|---|--|--|-----------------|
| 10 | HTW Kostenexplosion Personal (Mittelbau, Institute, Verwaltung, ...) | Reduktion der personellen Ausstattungen, Konzentration | <ul style="list-style-type: none"> • CHF 800'000.-/Jahr • Konflikt mit Bund? • Entlassungen | Soma |
| 11 | Klassengrösse | Die Klassengrösse hat eine sehr direkte Wirkung auf die Kosten. In Agglomerationen sollen die Klassen gross sein und in periferen Gebieten dürfen sie kleiner sein. Siehe auch ‚Grundlagenfächer‘. Klassengrössen unter 10 Lehrlingen darf jedoch maximal einmal im Kanton zugelassen werden. | Weniger Unterricht = geringere Kosten Einsparpotential: 50'000-500'000 Fr. | Kurz bis mittel |

| | | | | |
|----|--|---|--|-----------|
| 12 | Leistungsauftrag HTW | Idee von Prof. Dubs forcieren und Leistungsauftrag an Fachhochschulen reduzieren (keine künstl. aufgebaute Forschung und Entwicklung, Praxisbezug im Rahmen der Studienarbeiten) | Nachhaltige Sicherung der CHF 800'000.- aus Massnahme 2 | MM |
| 13 | Kostenplanung und Abrechnung | <ul style="list-style-type: none"> • Planung/Abrechnung nach Studienrichtung/Kursen • Kostenverantwortung an Studienleiter • Mehr Transparenz | CHF 300'000.- (Investitionen, Projekte, ...)/Jahr | Soma |
| 14 | Informatikausbildung Graubünden | Konzept für die Informatikausbildung in Graubünden für alle Schulbereiche | Koordination der Bildungsaktivitäten Optimierung der Ressourcenplanung | < 6 Jahre |
| 15 | Personalbestand AfU Die gesetzlichen Massnahmen im Umweltbereich greifen. Für den laufenden Vollzug ist der Personalbestand des AfU zu hoch (39 Personen). | <p>Abbau Personalbestand um 25%. Neuorganisation/-ausrichtung die Fachstellen auf die aktuellen Bedürfnisse.</p> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Probleme mit Abwasser-/Klärschlamm Entsorgung sind weitgehend gelöst. Trotzdem umfasst die Abteilung Abwasser noch 7 Personen) • Die Abluftemissionen und die Immissionen sind bekannt und erfasst. In diesem Bereich sind noch 5 Personen beschäftigt. • Massnahmen im Rahmen Störfallvorsorge sind getroffen. Trotzdem befasst sich eine Person mit Störfallvorsorge/ Wärmepumpen | <p>Unwichtiges wird weggelassen. Beschränkung auf das Wesentliche. Entscheidungen müssen schneller und auf der Basis von Vorhandenem gefällt werden. Spitzen werden durch Vergabe von Aufträgen an Private abgedeckt.</p> <p>Minderaufwand 2,5 MioCHF/Jahr</p> | SOMA |

Finanz- und Militärdepartement: Verwaltungsorganisation

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|--|--|-------------|
| 1 | Verwaltungs-Organisation | Neugliederung der Verwaltungsorganisation als Abbild der Arbeits- und Dienstleistungs-Prozesse | diese Massnahme hätte das grösste Potenzial, würde jedoch nur langfristig wirken und käme einer Verwaltungsreform gleich. Politische Machbarkeit fraglich. | lang |
| 2 | Verwaltungs-Organisation | Flachere Hierarchien, weniger Ämter Bsp. Zusammenführung von Grundbuchinspektorat, Handelsregisteramt und Amt für Zivilrecht. Integration des Vetrinäramtes in Lebensmittelinspektorat (siehe auch Massnahm Nr. 1 bei EKUD) | Bessere Koordination innerhalb der Themenbereiche, bessere Auslastung von Sekretariaten und Infrastruktur. | mittel |
| 3 | Anstellungsbedingungen | Überprüfung der Löhne v.a. für mittleres Kader, kaufmännisch Angestellte und Handwerker: Viele Einwände seitens der Mitglieder der Wirtschaftsverbände betreffen die Lohnsituation für diese Personengruppen. Die Löhne sind zum Teil überhöht werden als nicht mehr marktgerecht betrachtet. | Mehrere Millionen Franken | mittel |
| 4 | Pensionskasse | Die Leistungen, die die Pensionskasse den Versicherten erbringt, sind verhältnismässig hoch. Angesichts der Tatsache, dass in die jetzige Sanierung zurecht von den Versicherten nichts einzubringen ist, darf angesichts des Vergleichs mit der Privatwirtschaft eine den Arbeitgeber entlastende Massnahme verlangt werden | Mehrere Millionen Franken | mittel |
| 5 | Stabsstelle für Gleichstellungsfragen | Abschaffung der Stelle prüfen. Anhand der bisherigen Tätigkeit kann Effizienz und Notwendigkeit der Stelle geprüft werden. Seit Aufnahme der Tätigkeit Veränderungen, die auf Stelle zurückzuführen sind, analysieren. Eine gesetzliche Grundlage für die | Einsparung von rund Fr. 250'000.00 (Wichtige Projekte können über andere Kanäle finanziert werden) | kurz |
| 6 | <ul style="list-style-type: none"> • Begleit und Impulskommission • Beratende | Alle Kommissionen, die innert der letzten drei Jahre nicht nachweislich ein Bedürfnis und eine Berechtigung für ihre Existenz | Kostenreduktion von insgesamt mehreren 100'000.00 Franken, effizientere Verwaltung | mittel |

| | | | | |
|--|---|--|--|--|
| | <p>Kommission für Wirtschaftsfragen</p> <ul style="list-style-type: none">• Kommission für Fremdarbeiter- fragen• Etc. | <p>nachweisen können, sind umgehend abzuschaffen</p> | | |
|--|---|--|--|--|

Finanz- und Militärdepartement: Informatik

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|---|--|--|
| 1 | <p>Supportkosten für PC-Clients</p> <p>Die Jahreskosten gemäss Bericht über die Aufgaben und den Dienststellen-support des Amtes für Informatik (Heft 2/2001-2002, Seite 94) sind im Vergleich mit der Privatwirtschaft um ca. Fr. 400.- zu hoch.</p> | <p>Senkung der PC-Supportkosten mittels:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stopp des intern erbrachten Supports. Nur wenige Kernleute in fester Anstellung • Öffentlicher Ausschreibung nach wirtschaftlichen und fachspezifischen Kriterien (u.a. Einheitlicher Supporter für eine LAN-Segment, Berücksichtigung der Distanzen) • Einheitliche Service-Level Agreements (SLA) mit Festlegung der SLA-Stufe über Multiple Choice | <p><u>Finanziell:</u> Senkung der Jahreskosten von 2400 PC um insgesamt Fr. 960'000.-</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Personalreduktion im AfI und in Dienststellen, wo eigener Support erbracht wird. Einheitliches und damit vergleichbares Supportkonzept über alle Dienststellen.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Verschiebung der Supportaufgaben von der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft.</p> <p><u>Risiken:</u> Gefahr der Abwanderung der betroffenen Arbeitsplätze ins Unterland. Muss durch gezielte Ausschreibungen verhindert werden (u.a. Bedeutung der Nähe bzw. kurzer Distanzen herausstreichen).</p> | Sofort-massnahme |
| 2 | <p>Unterhaltskosten Mainframes und Server</p> <p>Das AfI betreibt ein Rechenzentrum mit teilweise veralteten Mainframes. Der Kanton betreibt insgesamt 189 Server. Alter und Menge von Mainframes und Servern sind zu hoch. Zu fragmentierte Server-Struktur mit zu kleinen Produktionseinheiten. Daher sind die</p> | <p>Senkung der Unterhaltskosten von Mainframes und Servern mittels:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Homogenisierung der IT-Infrastruktur • Ersatz der veralteten Mainframes mit solchen mit deutlich niedrigeren Unterhaltskosten. • Neues Konzept für dezentrale Server: Zusammenlegung von Servern und damit deutliche Reduktion der Anzahl betriebener Server (Server-Konsolidierung). • Neuausschreibung des externen Server- und Mainframe-Supports (Neuverhandlung der Service Level Agreements) • Ermittlung von IT-Benchmarks und deren | <p><u>Finanziell:</u> Wir veranschlagen die gesamten Unterhaltskosten auf 3 Mio. Franken. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen müssten die jährlichen Unterhaltskosten um 25% gesenkt werden können. Das Sparpotential beträgt daher Fr. 750'000.-</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Reduktion der Komplexität des Mainframe- und Server-Supports. Daher Abnahme der Personalintensität des Unterhalts. Potential für Personalabbau.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Vermeidung von unnötigen Komplexitätskosten ohne volkswirtschaftlichen Nutzen.</p> <p><u>Risiken:</u> Gefahr der Abwanderung der betroffenen Arbeitsplätze ins</p> | Mittelfristige Massnahme (erfordert Investitionen) |

| | | | | |
|--|--|--|---|--|
| | Unterhaltskosten mindestens 25% zu hoch. | Überwachung zur Sicherstellung eines optimalen Kosten-/Leistungsverhältnisses. | Unterland. Muss durch gezielte Ausschreibungen verhindert werden (u.a. Bedeutung der Nähe bzw. kurzer Distanzen herausstreichen). | |
|--|--|--|---|--|

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|---|---|------------------|
| 3 | <p>Datentransfer/ Kommunikation</p> <p>Die kantonale Verwaltung und die angegliederten Anstalten und öffentlichen Organe (z.B. Gemeinden) benutzen vorwiegend Mietleitungen der Swisscom. Eigene Glasfasernetze (z.B. Tiefbauamt) oder solche von öffentlich subventionierten Organisationen (z.B. RhB) werden zuwenig genutzt. Historisch gewachsene Strukturen behindern Nutzung von vorhandenen Synergien</p> | <p>Senkung der Leitungs- und Kommunikationskosten mittels:</p> <ul style="list-style-type: none"> Analyse der optimalen Kommunikationsträger und –Wege unter dem Gesichtspunkt niedrigster Kosten bei vorgegeben Übertragungssicherheitsniveau. Entsprechende Wahl der Kommunikationsträger und –Wege. Neuausschreibung des Datentransfer-Volumens | <p><u>Finanziell:</u> Das Sparpotential wird auf Fr. 500'000 eingeschätzt.</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Stärkere Vernetzung und Koordination mit den anderen Leitungsbetreibern, welche der öffentlichen Hand gehören oder von ihr subventioniert werden.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Stärkere Nutzung von vorhandenen Synergien senkt volkswirtschaftlich schädliche Kosten</p> <p><u>Risiken</u></p> <ul style="list-style-type: none"> Vorübergehende Störungen in der Versorgungssicherheit bei Umstellungen (erfordert Risikoanalyse und striktes Projektmanagement) Neue Partner halten ihre Versprechen bezüglich Übertragungssicherheit nicht ein (erfordert gründliche Prüfung der Partner und Verträge mit Strafklauseln) | Sofort-massnahme |
| 4 | <p>Informatik des Tiefbauamts (Bezirk Technik)</p> <p>Das Tiefbauamt leistet sich mit dem Bezirk „Technik“ in Thuisis eine eigene „Tunnel-Informatik“. Es werden keine Synergien mit dem AfI ausgenutzt. Der Bezirk Technik</p> | <p>Nutzung der Synergien zwischen der kantonalen Informatik des AfI und dem Bezirk Technik:</p> <ul style="list-style-type: none"> Reduktion des IT-Stammpersonals des Bezirks Technik auf 2 Leute zur Betreuung der Tunnel-Videosysteme und für den First-Level-Support der eigenen Tunnel-Informatikeinrichtungen. 3 Informatiker werden dem AfI abgetreten. Diese nehmen die Support-Aufgaben für die allgemeinen Informatiksysteme inkl. Beschaffung mit ins AfI. | <p><u>Finanziell:</u> Das Sparpotential wird auf Fr. 500'000 eingeschätzt.</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Stärkere Vernetzung und Koordination mit dem Amt für Informatik- Keine unnötigen Parallelstrukturen mehr zugelassen.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Stärkere Nutzung von vorhandenen Synergien senkt volkswirtschaftlich schädliche Kosten</p> | Sofort-massnahme |

| | | | | |
|--|---|--|------------------------------------|--|
| | beschäftigt ca. 10 eigene Informatiker, welche auch die gesamte IT-Beschaffung des Tiefbauamtes kantonsweit betreuen. | <ul style="list-style-type: none">• 5 Leute können entsprechend eingespart werden. | <u>Risiken</u> Keine erkennbar. | |
|--|---|--|------------------------------------|--|

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|---|---|-------------|
| 5 | <p>Informatik-Strategie des Kantons</p> <p>Die heutige Strategie und die bestehenden organisatorischen Strukturen haben es zugelassen, dass ein gewisser Wildwuchs und eine mangelndes Hinterfragen historisch gewachsener Strukturen entstehen konnten. Sie ist daher wenig geeignet, die Zukunft zu bewältigen und dem Kanton eine angemessene Informationstechnik zu akzeptablen Kosten zu garantieren.</p> | <p>Die kantonale Informatikstrategie ist hinsichtlich zu erfüllender Aufgaben, optimale Organisation und erforderliches Kosten-/Leistungsniveau neu zu konzipieren.</p> <p><u>Aufgaben:</u> Der Kanton soll nur selber machen, was er selber machen muss, d.h. es muss ein Verfassungsauftrag oder ein gesetzlicher Auftrag vorhanden sein. Dies bedeutet insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verzicht auf die Entwicklung, die Bereitstellung und den Unterhalt von Gemeindelösungen • Verzicht auf die Entwicklung, die Bereitstellung und den Unterhalt der Hypothekenverwaltung der kantonalen Pensionskasse. Diese ist auszugliedern und einer privatwirtschaftlichen Institution zu übertragen. • Verzicht auf Beratungsdienstleistungen. Der Kanton soll lediglich die Koordination hinsichtlich der kantonalen Informatikstrategie in den kantonalen Anstalten und in den von der öffentlichen Hand subventionierten Institutionen sicherstellen. <p><u>Optimale Organisation:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die kantonale Informatik soll nur von wenigen Stammeuten zentral koordiniert und betreut werden. Diese setzen die Informatikstrategie um, koordinieren die einstellen Dienststellen und sind zuständig für die Qualitätskontrolle. • Überall, wo ein im Wettbewerb stehendes, privatwirtschaftliches Angebot vorhanden ist, und wo die Sicherheit und Geheimhaltungspflicht des Staates nicht tangiert wird, wird auf eine interne Aufgabenerfüllung verzichtet. • Die Überwachung der IT-Strategie und die Projekt- | <p><u>Finanziell:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Informatikkosten halten sich im budgetierten Rahmen, d.h. es werden keine Nachtragskredite mehr nötig sein. • Die Informatikkosten halten sich im Rahmen der durch die Informatik erzielten Produktivitätsfortschritte, d.h. ein stetiges Ansteigen der Kosten bei gleich bleibender Aufgabenerfüllung wird vermieden. <p>Insgesamt rechnen wir mit einer langfristigen Entlastung der kantonalen Informatikkosten von zusätzlich 2 Mio. Fr.</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Jede Dienststelle inkl. AfI konzentriert sich auf ihr jeweiliges Kerngeschäft.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Der Staat konzentriert sich auf sein Kerngeschäft. Eine unnötig hohe Staatsquote wird vermieden.</p> <p><u>Risiken:</u> Der Staat wird mehr von externen Partnern abhängig und macht sich damit verwundbar. Dies kann mittels eines strikten Lieferanten- und Partnermanagements verhindert werden.</p> | Langfristig |

| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| | | entscheide werden einem neuen Fachgremium übertragen, welches zur Hälfte mit externen Fachleuten besetzt wird. | | |
|--|--|--|--|--|

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|---|---|---|-------------|
| 6 | <p>Kantonales IT-Projektmanagement</p> <p>In der Wirtschaft werden Projektdurchlaufzeiten von durchschnittlich 8 Monaten erreicht. Die öffentlichen Verwaltungen benötigen solche von durchschnittlich 24 Monaten (siehe Spitalinformatik und Jahr 2000). Die Projektentscheide erfordern immer wieder Nachtragskredite.</p> <p>Der Kanton ist von den daraus entstehenden Mehrkosten auch in den öffentlichen Anstalten und subventionierten Institutionen betroffen (siehe Spitalinformatik)</p> | <p>Die Projektkosten senken und im Rahmen der Verpflichtungskredite im Griff halten mittels:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines strikten Projektcontrollings (Modellfall Bau Vereina-Tunnel). • Anreize schaffen bei internen und externen Partnern, damit Kosten nicht unnötig ausgeschöpft werden und Kostenrahmen unterschritten werden. (z.B. Bonus-Systeme). • Projektentscheide durch externe Fachberater reviewen lassen (Second Opinion). | <p><u>Finanziell:</u> Modellfall Spitalinformatik:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Von 8.5 Mio. budgetierten Projektkosten hängen ca. 4 Mio. mit der Projektlaufzeit zusammen (Arbeitskosten für Installation, Konfiguration, Schnittstellen-Management, etc.). Wir rechnen aufgrund der vorliegenden Informationen mit ca. 50% Überschreitung, d.h. ca. 2 Mio. Mehrkosten. • Aufgrund eines unnötig hohen Anspruchsniveaus gehen wir davon aus, dass bestimmte Projektentscheide um ca. 3 Mio. zu teure Anschaffungen erforderlich machten. <p>Insgesamt fällt also die Spitalinformatik unnötigerweise um ca. 5 Mio. Fr. zu teuer aus. Davon finanziert der Kanton über die Spitalfinanzierung einen wesentlichen Teil mit.</p> <p>Zieht man andere Projekte in die Überlegungen mit ein (z.B. Jahr 2000), so besteht unseres Erachtens ein Sparpotential durch besseres Projektmanagement und qualitativ bessere Projektentscheide von ca. 1 Mio. Fr. jährlich.</p> <p><u>Organisatorisch:</u> Kanton braucht eine für das IT-Projektcontrolling verantwortliche Fachstelle. Diese ist mit Vorteil in der kantonalen Finanzkontrolle, und nicht im AfI angesiedelt.</p> <p><u>Volkswirtschaftlich:</u> Es werden volkswirtschaftlich schädliche Mehrkosten durch unnötig hohe Projektlaufzeiten und unnötig hohes Anspruchsniveau vermieden.</p> | Langfristig |

| | | | | |
|--|--|--|---|--|
| | | | <p><u>Risiken:</u> Allenfalls wird eine vorübergehende Übertreibung auf die andere Seite auftreten (Zu tiefes Anspruchsniveau, unnötiges hoher Zeitdruck führt zu Schludrigkeiten). Dieses Phänomen kann durch das entsprechende Projektcontrolling unterbunden werden.</p> | |
|--|--|--|---|--|

Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement: Tiefbau, Hochbau

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|-----------------------------------|---|--|----------------------------|
| 1 | Leistungsabbau | <ul style="list-style-type: none"> • Es wird zu viel qualifiziertes Personal mit Arbeiten beschäftigt, die durch die Privatwirtschaft wahrgenommen werden. Reduktion des Personalbestandes • Bei der Projektausarbeitung sind Ingenieurarbeiten so zu projektieren, dass sie die Ausführung vereinfachen. • Qualitätsanforderungen sind auf das Notwendige zu beschränken d.h. Standarts sind zu reduzieren.(siehe Safien, Scheid, Lohn/Mathon, Mutten • Kompromisse in der Ästhetik in Kauf nehmen. • Im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes sind die eigenen Normen zu überdenken (zBsp auch Tagbaustrecken). • | <p>Privatwirtschaft übernimmt im Rahmen der verfügbaren Mittel Aufgaben, Marktkräfte bestimmen den Preis,, Private können Synergien besser nutzen, Verwaltung wird schlank, übersichtlicher und einfacher zu führen.</p> <p>Sparpotential in Millionenhöhe, aber schwierig zu definieren. Trotzdem sinnvoller Einsatz zu der Mittel</p> <p>Personaleinsparung von rund 40 Mitarbeiter sollte möglich sein > 4 Millionen Franken</p> | <p>M</p> <p>Übrige K-M</p> |
| 2 | Reorganisation der Tiefbauämter | <p>Reorganisation der historisch gewachsenen Bezirkstiefbauämter. Dank heutiger Kommunikationsmittel und neuer Technologien ist Zusammenlegung z.Bsp Samedan und Scuol oder Chur, Davos, Thusis zu prüfen. Zudem verfügen alle Bezirke über eigene Bauleiter. Die Effizienz ist zu verbessern</p> | <p>Reduktion von Rund 8 Stellen Sparpotential: ca. 800'000.00</p> | <p>< 6 Jahren</p> |
| 3 | Standards betrieblicher Unterhalt | <p>Überprüfen mit Ziel zu reduzieren Strassenunterhalt priorisieren. Reduktion des betrieblichen Unterhaltes</p> | <p>Reduktion der Aktivitäten</p> | <p>M</p> |
| 4 | Standards Strassenbau | <p>Überprüfen der Ausbaustandards (Dimensionierung, Ausbaugeschwindigkeit, Tragfähigkeit, u.a.m.) in Übereinstimmung mit geltenden Normen und Vorschriften des Bundes Überprüfen der baulichen Massnahmen wie</p> | | <p>M</p> |

| | | | | |
|---|---|--|---|---|
| | | Steinverkleidungen | Abwägung zwischen Mitteleinsatz und Anpassung an die Landschaft | M |
| 5 | HBA: Normen für <ul style="list-style-type: none"> • Spitäler, Alters- und Pflegeheime • Schulen • Turnhallen | Reduktion von übertriebenen, nicht mehr finanzierbaren Qualitätsanforderungen (zBsp Werkhof Ilanz, oder wenn auch nicht auf den Finanzhaushalt direkte Auswirkungen: GVA Chur) | Tiefere Beiträge an einzelne Berechtigte, hohes Sparpotential im Einzelfall, bescheidene Wirkung auf den Finanzhaushalt, da Investitionen nicht gekürzt werden sollen | L |
| 6 | Verwaltungs-Organisation | Zentralisation der Büroräume. Alle Regierungsräte in einem Gebäude. Für die Verwaltung günstiges Bürogebäude am Stadtrand als Ersatz für die vielen verteilten Dienststellen in (wertvollen) Stadt-Altbauwohnungen. Diese Räume zurückführen in Wohnraum. | Bewirkt neben den billigeren Raumkosten vor allem eine Reduktion von vielen Doppelspurigkeiten und eine bessere Kooperation der Spieler. | L |
| 7 | HBA | Baustopp Kantonsschule, solange Entscheid über Fortführung oder Abschaffung des Untergymnasiums nicht getroffen ist | Verhinderung von Fehlinvestitionen | K |

Bau-,Verkehrs- und Forstdepartement: Forstwirtschaft

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|--|---|---|-------------|
| 1 | Subventionspraxis bei Holzerntemassnahmen | Holzerntemassnahmen sollten nicht nach den anfallenden Kosten subventioniert werden, sondern pauschal in Anlehnung an die jeweils effizienteste Holzerntemethode. Eine gründliche Vorkalkulation der Schläge sollte als Grundvoraussetzung für eine Subventionsberechtigung vorangestellt werden. | 30% geringere öffentliche Mittel oder 50% Mehrnutzung und dringende Verjüngung 1 – 2 mio | Soma |
| 2 | Subventionspraxis bei Strukturverbesserungen | Infrastrukturinvestitionen im Wald fördern, anstatt Förderung überrissener Forstwerkhöfe. Die Folge davon wäre eine Senkung der Holzproduktionskosten anstatt eine Erhöhung der Fixkosten der Forstbetriebe. | 15% weniger öffentliche Mittel ca. 1 mio, die die Holzerntemassnahmen gegen die 2 mio steigen lässt | Soma |
| 3 | Personalpolitik der Regionalforstämter | Die durchgeführte Reorganisation der Regionalforstämter (Amt für Wald.....) bringt ohne eine Hinterfragung des Personalbestandes wohl kaum eine Kostensenkung. Die Beförsterungskosten sind im Kt. GR im Vergleich mit dem Ausland um ein mehrfaches höher. | Griforma hat eine Aufstockung um ca. 10%, an Stelle einer Senkung in dieser Höhe mit sich gebracht Ca. 700'000.- | MM |
| 4 | Submissionsgesetz Forstliche Arbeiten | Die durch die öffentlichen Forstbetriebe in eigenregie durchgeführten Arbeiten unterstehen nicht dem Submissionsgesetz. Dies hat in der Regel eine Kostensteigerung zur Folge. | Besseres Controlling der öffentlichen Mittel | Soma |

| | | | | |
|---|--|---|------------------------|------|
| | | Die unter Punkt 1 erwähnten Massnahmen würden auch hier Wirkung zeigen. | | |
| 5 | Forstliche BAR (Kostenstellenrechnung) | Teure Kennzahlen, die keine Wirkung zeigen und nicht umgesetzt werden | Jährlich ca. 400'000.- | Soma |

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung | Fristigkeit |
|-----|----------------|--|---|-------------|
| 6 | Gefahrenkarte | Erhebung und Kartierung von Ereignissen zur Erstellung der Gefahrenkarten über den ganzen Kanton GR. Wird in GR intern durch das Amt für Wald gemacht. Könnte in der Privatwirtschaft günstiger (vorhandene Infrastruktur und Know How, bessere Ortskenntnisse, kürzerer Arbeitsweg) erstellt werden | Auslagerung an Privatwirtschaft und damit höhere Steuereinnahmen. | Soma |
| 7 | Reorganisation | Sind durch die Reorganisation des Amtes und Griforma wirklich Einsparungen gemacht worden? Heute kommen 3 Förster an eine Begehung, früher nur einer ! Ist das effizienter? | Personal abbauen | LM |

Querschnittsaufgaben: verschiedene Departemente und Dienststellen

| Nr. | Thema | Massnahme | Erwartete Wirkung auf Erträge oder Aufwände | Fristigkeit |
|-----|---|--|--|-------------|
| 1 | <p>Amtsübergreifende Zusammenarbeit</p> <p>1.1. Bei komplexen Bewilligungs-verfahren</p> <p>1.2 Bei amts-übergreifenden Interessen</p> | <p>1.1 Durch eine Verfahrenskoordination (gemeinsame Gesuchsaufgabe, Entscheidungseröffnung, Rechtsmittelverfahren) werden Verfahren vereinfacht, effizienter abgewickelt (Beispiel: Kiesabbaubewilligung).</p> <p>1.2 Ein Sachthema wird nur durch <u>eine</u> Amtsstelle bearbeitet. Diese nimmt auch die Interessen anderer Amtsstellen wahr. (Beispiel: Schadendienstorganisation (Oelwehr) wird durch Feuerpolizeiamt (ohne AfU) wahrgenommen.</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Einfachere Abwicklung von Verfahren • Effizienzsteigerung bei den Amtsstellen <p>Minderaufwand 0,2 MioCHF/Jahr</p> | MM |
| 2 | <p>Auslagern von Leistungen</p> <p>Das Thema betrifft alle Amtsstellen, insbesondere das Tiefbauamt. Es wird zuviel qualifiziertes Personal mit Arbeiten beschäftigt die durch die Privatwirtschaft wahrgenommen werden könnten. Prinzip: Die Verwaltung hat den Vollzug (Aufsicht) zu regeln, alles weitere ist Sache der Privatwirtschaft.</p> | <p>Leistungen die durch Dritte erbracht werden können, werden an diese erteilt. Die Ämter beschränken sich auf die Überwachung der Beauftragten.</p> <p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektierungen • Bauführungen • Kanalreinigung • Strassenunterhalt, Markierungen, Signalisation • Winterdienst • Erhebungen aller Art • Emissions-/ Immissionsmessungen • Verkehrsüberwachung (Geschwindigkeitsmessungen) | <ul style="list-style-type: none"> • Die Verwaltung wird schlank und überblickbar • Das Risiko der Spitzenabdeckung wird durch Private übernommen • Private können Synergien besser nutzen • Marktkräfte bestimmen den Preis • Gewaltentrennung zwischen Aufsicht und Ausführung <p>Minderaufwand >2 MioCHF/Jahr</p> | MM, LM |
| 3 | <p>Anerkennung privater, zertifizierter</p> | <p>Beurteilungen, Prüfungen (Audits) die durch entsprechend zertifizierte Leistungserbringer</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Weniger Verwaltungsaufwand • Mehr Nutzen für zertifizierte Betriebe | MM |

| | | | | |
|---|---|---|---|------|
| | Leistungserbringer | <p>erbracht werden, werden durch die Behörden anerkannt. Nachaudits werden den Behörden durch die Zertifizierten gemeldet.</p> <p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betriebe mit ISO 14001 werden durch das AfU nicht mehr überwacht. • Betriebe die im Rahmen der EKAS-Richtlinie 6508 durch die SUVA auditiert werden, werden durch das KAI bezüglich Arbeitssicherheit nicht zusätzlich überprüft. | Minderaufwand 0,2 MioCHF/Jahr | |
| 4 | Unnötiges weglassen Überholte Abläufe und Selbstverwirklichung sind Gründe für unnötige Aktivitäten | <p>Was nicht unverzichtbar zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben ist, wird weggelassen oder verschoben.</p> <p>12. Warum beschäftigt AfU einen Geologen, damit ein externer Geologe überprüft wird?</p> <p>13. AfU hat Zweckmässigkeit von Projekten nicht zu überprüfen.</p> <p>14. Bei vielen Projekten wird immer mehr verlangt, alles wird noch umfangreicher, detaillierter, komplizierter. Stellungnahmen werden dann noch umfangreicher und unübersichtlicher.</p> <p>15. Messungen, Berichtswesen, Broschüren werden so auf ein Minimum reduziert.</p> <p>16. Fachkompetenz kann möglicherweise billiger am Markt eingekauft werden, was zudem aktueller, billiger und weniger verstaubt ist.</p> <p>17. Amt für Umwelt und Amt für Natur und Landschaft zusammenlegen.</p> | <ul style="list-style-type: none"> • Weniger Aufwand • Keine unnötige Datenpflege • Keine Datenfriedhöfe | SOMA |

| | | | | |
|---|---|--|---|----|
| 5 | <p>Mehr Kompetenz und Verantwortung auf Stufe der einzelnen Beamten „Beamte sind Herdentiere und scheuen die Verantwortung“</p> | <p>Beamte und subalterne Amtsstellen erhalten stufengerecht mehr Kompetenz und Verantwortung. Sie agieren mehr vor Ort und weniger aus der Amtsstube.</p> <p>Bei klarer Sachlage werden keine weiteren Abklärungen, Prüfungen verlangt, nur um einen Entscheid zu rechtfertigen.</p> <p>Begründung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einfache Amtshandlungen werden von zwei oder mehr Beamten gleichzeitig oder nacheinander unkoordiniert vorgenommen (z. B. Kantonspolizei). • Subalterne Beamte (Amtsstellen) können ohne komplizierte Rücksprachen, schriftliche Unterlagen etc. keine Entscheidungen, treffen (Erfahrungen mit AfU, FPA, TBA). • Intrigen und Machtkämpfe zwischen Beamten (Amtsstellen) behindern die Arbeit und verzögern Entscheide. • Ungenügende Koordination zwischen Kantons- und Bezirkstiefbauämtern. • Prüfungen von Umweltberichten, GEP durch das AfU erfolgen sehr theoretisch und vom Schreibtisch aus. Der Verkehr mit der Fachstelle ist für die Betroffenen mühsam und zeitaufwendig. • Im Falle einer Restwasserdotierung werden vom AfU, entgegen der eigenen Meinung, nur aus Angst vor möglichen Einsprachen, weitere Abklärungen verlangt. | <ul style="list-style-type: none"> • Weniger amtsinterne Reibungsverluste • Beschleunigte Abläufe • Mehr Freude an der Tätigkeit | MM |
|---|---|--|---|----|